

Antrag Nr. 15-F-33-0043

CDU und SPD

Betreff:

Unterstützungsleistungen für Hebammen in Wiesbaden
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 05.05.2015

Antragstext:

Im Frauenausschuss am 3. Februar 2015 haben die Vertreterinnen des Hessischen Hebammenlandesverbandes und der Wiesbadener Hebammen über die schwierige Situation ihres Berufsstandes berichtet. Neben gestiegenen Versicherungsbeiträgen wurden insbesondere die Lebenshaltungskosten in Wiesbaden als ein zunehmend existentielles Problem für die Hebammen dargestellt. Hebammen in Wiesbaden würden daher vermehrt ihre Freiberuflichkeit zugunsten einer Anstellung in einer Klinik aufgeben oder sich andernorts niederlassen.

Die aktuell praktizierenden Hebammen könnten daher die Nachfrage an Vor- und Nachsorgeleistungen von Schwangeren und jungen Müttern in Wiesbaden nicht mehr decken. Vielmehr sähen sie sich immer häufiger in der Situation, den werdenden Müttern eine Absage erteilen zu müssen.

Daher gilt es, den in kommunalpolitischer Zuständigkeit liegenden Gestaltungsspielraum zu nutzen, um Erleichterungen für Hebammen zu bewirken.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich Angebot und Nachfrage an Vor- und Nachsorgeleistungen in Wiesbaden in den vergangenen drei Jahren entwickelt haben;
2. welche Maßnahmen zur Erleichterung der Berufsausübung von Seiten der Stadt bisher getroffen wurden bzw. getroffen werden können, zum Beispiel:
 - a) Gleichstellung von Hebammen mit Ärzten hinsichtlich der Parkberechtigungen im Stadtgebiet sowie Parkberechtigungen im nahen Umfeld der Kliniken, in denen praktiziert wird,
 - b) welche weiteren Maßnahmen wurden getroffen bzw. sind denkbar;
3. wie die Einbindung der Hebammen in das Jugendschutzkonzept erfolgt (außerhalb des Projekts Familienhebammen).

Wiesbaden, 06.05.2015

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Anita Hebenstreit
Fachsprecherin für
Frauenangelegenheiten
(SPD-Fraktion)